

Beschlussempfehlung mit Stellungnahmen zum Entwurf eines Gesetzes über verbindliche Vorgaben zur Reduzierung von Diskriminierungsmöglichkeiten bei Bewerbungen für die Behörden des Bundes

Drucksache JuP-15/6

Die Seiten 1 und 2 (Beschlussempfehlung) enthalten das Arbeitsergebnis des Ausschusses für die Angelegenheiten der öffentlichen Verwaltung.

Sofern Änderungen am Text des Antrages empfohlen werden, sind diese auf der Seite 2 so einzutragen, dass eine Zuordnung zum ursprünglichen Textentwurf eindeutig ist.

In der rechten Spalte ist je nach Zusammenhang zu vermerken:

- unverändert
- entfällt
- wird wie folgt geändert:
- neu eingefügt:

Die Seiten 3 und 4 enthalten die Berichte der mitberatenden Ausschüsse.

Seite 3 wird ausgefüllt vom Ausschuss für Arbeit und Soziales, Seite 4 vom Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Der Bericht soll in prägnanter Form zum Ausdruck bringen, was der Ausschuss dem federführenden Ausschuss mitzuteilen hat. Er kann enthalten:

- allgemein gehaltene Hinweise auf wichtige Aspekte, die bei der Abfassung der Beschlussempfehlung Berücksichtigung finden müssen
- Hintergrundinformationen und kurze Erläuterungen von Zusammenhängen, die dem federführenden Ausschuss so möglicherweise nicht bekannt sind.

**Beschlussempfehlung
des Ausschusses für die Angelegenheiten der öffentlichen Verwaltung**

**zum Entwurf der Bundesregierung
- Drucksache JuP-15/2 -**

**Gesetz über verbindliche Vorgaben zur Reduzierung von
Diskriminierungsmöglichkeiten bei Bewerbungen für die Behörden des
Bundes**

Beschlussempfehlung

Das Parlament wolle beschließen,
den Gesetzentwurf auf Drucksache JuP-15/2 in der aus der nachstehenden
Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen.

Berlin, den 2. Juni 2015

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der öffentlichen Verwaltung

Vorname, Name

Vorsitzende / Vorsitzender

Mobilnummer:

Vorname, Name

Stellv. Vorsitzende / Vorsitzender

Mobilnummer:

Zusammenstellung**„Gesetz über verbindliche Vorgaben zur Reduzierung von Diskriminierungsmöglichkeiten bei Bewerbungen für die Behörden des Bundes“**

– Drucksache JuP-15/2 –

mit den Beschlüssen des Ausschusses für die Angelegenheiten der öffentlichen Verwaltung

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses für die
Angelegenheiten der öffentlichen
Verwaltung

—
**Gesetz über verbindliche Vorgaben zur
Reduzierung
von Diskriminierungsmöglichkeiten bei
Bewerbungen für die Behörden des Bundes**

—
**Gesetz über verbindliche Vorgaben zur
Reduzierung
von Diskriminierungsmöglichkeiten bei
Bewerbungen für die Behörden des Bundes**

- § 1 Bewerbungsmappen für Stellen als Angestellte oder Beamtinnen und Beamte bei den Behörden des Bundes dürfen folgendes nicht enthalten:
- Hinweise zum Geburtsort
 - Hinweise zum Geburtsdatum
 - Fotos der Bewerberin oder des Bewerbers.
- § 2 Bewerberinnen und Bewerber dürfen ihre Nationalität nicht nennen. Bei Bewerbungen für Stellen als Beamte ist jedoch zu bestätigen, dass die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaats der EU, der Schweiz, Islands, Norwegens oder Liechtensteins vorliegt.
-

Stellungnahme des Ausschusses für Arbeit und Soziales an den Ausschuss für die Angelegenheiten der öffentlichen Verwaltung

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat den auf Drucksache JuP-15/2 vorliegenden Entwurf eines Gesetzes über verbindliche Vorgaben zur Reduzierung von Diskriminierungsmöglichkeiten bei Bewerbungen für die Behörden des Bundes beraten und ist zu folgendem Ergebnis gekommen:

Berlin, den 2. Juni 2015

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales

Vorname, Name

Vorsitzende / Vorsitzender

Mobilnummer:

Vorname, Name

Stellv. Vorsitzender / Vorsitzender

Mobilnummer:

Stellungnahme des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend an den Ausschuss für die Angelegenheiten der öffentlichen Verwaltung

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat den auf Drucksache JuP-15/2 vorliegenden Entwurf eines Gesetzes über verbindliche Vorgaben zur Reduzierung von Diskriminierungsmöglichkeiten bei Bewerbungen für die Behörden des Bundes beraten und ist zu folgendem Ergebnis gekommen:

Berlin, den 2. Juni 2015

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Vorname Name

Vorsitzende / Vorsitzender

Mobilnummer:

Vorname Name

Stellv. Vorsitzende / Vorsitzender

Mobilnummer:
